



Bewährungshilfe als Reformprojekt

SÜDWEST Seit 2007 kümmert sich privater Träger um die Unterstützung – Vertrag läuft in zwei Jahren aus

Foto: Frank Wagner/Fotolia

Von unserem Redakteur
Jan Berger

Bei Neustart ist man zufrieden. Seit 2007 kümmert sich das gemeinnützige Unternehmen in Baden-Württemberg um die Bewährungshilfe und berichtet stolz von Erfolgszahlen: Die Mitarbeiter hätten pro Person deutlich weniger Klienten (also Menschen, die vom Gericht einem Bewährungshelfer unterstellt wurden) zu betreuen als in anderen Bundesländern. Außerdem würden hier immer weniger Bewährungsstrafen widerrufen und Täter dann ins Gefängnis geschickt. „Baden-Württemberg verzeichnet das beste Ergebnis in der Bundesrepublik“, schreibt Neustart in einer Pressemitteilung.

„Die Privatisierung in diesem Bereich ist ein Armutszeugnis.“

Holger Gebert

Alleingang Dabei ist der Weg, den das Stuttgarter Justizministerium 2007 unter dem FDP-Minister Ulrich Goll eingeschlagen hat, bundesweit einzigartig. Und umstritten. Nur im Südwesten kümmern sich Bewährungshelfer als Mitarbeiter eines freien Trägers um Straftäter. Sie haben eine Doppelfunktion: Die Sozialarbeiter kontrollieren die Einhaltung von Auflagen und unterstützen die Verurteilten bei organisatorischen oder privaten Problemen. Das Ziel: Ohne einen Gefängnisaufenthalt zurück in ein straffreies Leben zu finden. In allen anderen Bundesländern ist diese Aufgabe enger an die Justizministerien gebunden.

Bei der Privatisierung ging es darum, Qualitätsstandards und -kontrolle bei den Bewährungshelfern

zu verbessern – und Geld zu sparen. Bis Herbst soll der Landtag nun entscheiden, wie es ab 2016 weitergeht: Bleibt die Unterstützung für Straftäter bei einem freien Träger wie Neustart oder wird sie wieder in die staatliche Verantwortung zurückgeholt?

Nun hat das Justizministerium ein Gutachten zur Bewährungshilfe erstellt. Darin wird zwar die schlechte Stimmung unter manchen Neustart-Mitarbeitern beklagt, aber sonst ein weitgehend positives Fazit gezogen: „Der Bericht zeigt auf, dass die Einführung einer zentralen Struktur bei Bewährungs- und Gerichtshilfe der richtige Weg war und zu qualitativen Verbesserungen geführt hat“, erklärt Justizminister Rainer Stichelberger (SPD). Die Kommunikation zwischen Neustart und den Gerichten und die

Bewährungshilfeberichte könnten allerdings noch verbessert werden. „Anders als der Strafvollzug gehört die Straffälligenhilfe nicht zu den klassischen Kernaufgaben hoheitlicher Tätigkeit“, erläutert der Minister und begründet so, warum er hier keine grundlegenden Bedenken gegen eine Privatisierung hat, anders als in Gefängnissen.

In Heilbronn hat Friedrich Wilhelm Hiller, Richter am Amtsgericht, direkt mit den Neustart-Mitarbeitern zu tun. In welcher Intensität der Kontakt zwischen Bewährungshelfer und Klienten stattfindet, bestimmen die Richter in der Regel nicht. Wenn Hiller einen Verurteilten aber einem Helfer unterstellt, erhält er später Berichte über den Bewährungsverlauf. „Da gab es in der

Organisationsphase nach der Umstrukturierung ein bis zwei Jahre Verwerfungen, in denen es nicht so schnell und so gut wie möglich ging“, sagt er. Inzwischen hat Hiller dagegen das Gefühl, dass die Berichterstattung sogar schneller als vor 2007 geht.

Struktur Kritik übt dagegen Ulrike Jensen vom Fachverband Bewährungshilfe Baden-Württemberg. Sie ist seit 27 Jahren Bewährungshelferin im Land. „Die Dokumentation nimmt heute einen höheren Stellenwert ein“, berichtet sie. Das sei zwar auch in den anderen Ländern zu beobachten, aber: „Es fehlt die Ruhe und Gelassenheit, sich mit Konzentration auf die Gespräche einzulassen.“ Durch die neue hierarchische Struktur gäbe es keinen Raum, um vor Ort Initiativen für die Straftäter zu starten und auf die unterschiedlichen Gegebenheiten einzugehen.

Vor allem die früheren Landesbediensteten sind nach Ansicht Jensens in der neuen Struktur nicht angekommen. „Sie haben eine hohe Identifikation mit der Arbeit, aber eine relativ geringe mit Neustart.“ Außerdem würden die Bürger durch die Auslagerung an einen freien Träger langsam vergessen, dass Bewährungshilfe eine staatliche Aufgabe ist. „Vergleichen Sie mal, was die Bürger von der Polizei erwarten und was von einem Privatdetektiv.“ Jensens Forderung an die Politiker ist eindeutig: „Wir möchten zurück in die staatliche Regie.“

Bewährt hat sich die Arbeit hingegen für Peter Reckling, Geschäftsführer des bundesweiten Fachverbands für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik. „Entscheidend ist, dass die Bewährungshilfe für die Probanden und die Mitarbeiter gut strukturiert ist“, sagt er und hofft, dass an den vom Justizministerium

festgestellten Mängel noch gearbeitet wird. Er hat aus allen Bundesländern Beschwerden über die eingeführten Dokumentationsprogramme in der Bewährungshilfe gehört. Dass Neustart jedoch die niedrigen Fallzahlen pro Mitarbeiter als Erfolg verkauft, kann Reckling nicht nachvollziehen: Im Südwesten gebe es mehr Ehrenamtliche, die für manche Probanden voll verantwortlich sind – anderswo seien sie nur unterstützend tätig.

Nicht mehr in Baden-Württemberg aktiv ist die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Bewährungshelfer. Ihr Bundesvorsitzende Holger Gebert sagt: „Die Privatisierung in diesem Bereich ist ein Armutszeugnis.“ Die Verbesserungen des freien Trägers, hätten auch in der staatlichen Struktur umgesetzt werden können. „Bei einer Tagung im November habe ich in Baden-Württemberg nur frustrierte, wütende Kollegen erlebt: Sie haben tagtäglich nur das wirtschaftliche Rechnen im Kopf. Ich glaube, der öffentliche Dienst würde das bessere Feld für die Bewährungshilfe bieten.“

Mit dem Thema müssen sich nun die Landtagsabgeordneten beschäftigen. Dabei werden sie auch auf die Kosten schauen. Laut Justizministerium hat sich die Umstellung für das Land finanziell ausgezahlt. Dies sieht der Landesrechnungshof anders: „Die Übertragung der Aufgaben der Bewährungs- und Gerichtshilfe auf einen privaten Auftragnehmer kostet das Land bis 2016 zusätzlich 46,8 Millionen Euro“, hieß es nach eigenen Berechnungen von dort bereits 2010. Auch heute sieht der Rechnungshof die Zahlen den Justizministern kritisch.

Arbeit mit ganz verschiedenen Tätern

Verurteilte brauchen feste Regeln

HEILBRONN Peter Helmut S. hatte Glück im Unglück: Als er vergangenes Jahr nach dem Frühschoppen auf sein Mofa steigt, ist er nicht mehr nüchtern. In einer Kurve trägt es den 68-Jährigen von der Straße, er landet in einem alten Bretterzaun, Menschen werden nicht verletzt. S. rappelt sich auf und geht nach Hause – beobachtet von Zeugen. Am Abend klicken die Handschellen. Im Herbst wird er verurteilt: Statt vier Monate Gefängnis erhält er drei Jahre auf Bewährung – und wird einem Bewährungshelfer unterstellt.

Druck „Ich hab mir das anders vorgestellt, dass man mehr unter Druck steht“, erzählt der Rentner im Heilbronner Büro von Neustart. Sein Bewährungshelfer ist Stefan Eisenmann, und S. ist zufrieden: „Wir kennen uns kaum, aber er ist wie ein Kumpel.“ Eisenmann und seine 15 Kollegen in der Region helfen nicht nur, dass Verurteilte straffrei bleiben. Auflagen müssen erfüllt und private Probleme gelöst werden. „Wir sind Sozialarbeiter, keine Psychologen“, stellt er klar. Der Bewährungshelfer will ein Vertrauensverhältnis aufbauen. In den Gesprächen geht es meist darum, Überzeugungsarbeit zu leisten. Und Kontakte zu anderen Hilfs-Einrichtungen herzustellen. „Wir haben eine stark vermittelnde Funktion.“

950 Klienten, wie die Täter unter Bewährung bei Neustart heißen, gibt es in der Region. Im Schnitt kümmert sich ein hauptamtlicher Bewährungshelfer um 80 Menschen. Etwa 30 Ehrenamtliche unterstützen die Arbeit in der Region.

Bereiche Im Erstgespräch werden verschiedene Lebensbereiche abgeklopft: Wie steht es etwa um die Wohnsituation, die Gesundheit oder das soziale Umfeld der Verurteilten? Um Probleme in der Bewährungszeit zu lösen, werden feste Aufgaben und Termine vereinbart – neben den Auflagen, die das Gericht verhängt hat. Eisenmann setzt auf Zuverlässigkeit: „Es ist sinnvoll, die Klienten in die Eigenverantwortung zu nehmen.“ Die Treffen finden je nach Fall unterschiedlich oft statt: Mal alle zwei Wochen, mal nur auf Zuruf. Vom „passionierten Kiffer“ bis zu vorzeitig entlassenen Mördern sind alle Tätergruppen bei Neustart. Herr S. hat aus seinem Unfall gelernt: „Ich habe am 11.11. das letzte Mal getrunken.“ Neben 60 Stunden gemeinnütziger Arbeit muss er auch eine Alkoholtherapie machen. Das wurmt ihn – immerhin sei er bereits trocken. Eisenmann muss also auch in diesem Fall Überzeugungsarbeit leisten. *jab*

Straftäter

Bewährungshelfer betreuen im Südwesten 20041 Täter aus folgenden Deliktsbereichen:	
Straßenverkehrsdelikte	13
Sachbeschädigung	149
Urkundendelikte	200
Straftaten gegen die persönliche Freiheit	250
Straftaten gegen das Leben	368
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	970
Gemeingefährliche Straftaten	981
Raub, Erpressung	1477
Sonstiges	1826
Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit	3617
Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz	3793
Eigentums- und Vermögensdelikte	6397

HST-Grafik, Quelle: Neustart Gemeinnützige GmbH

Blamiert sich der britische Premier – oder wird er blamiert?

Beim EU-Gipfel in Brüssel steht die Entscheidung für einen neuen Kommissionspräsidenten im Mittelpunkt – David Cameron ist weitgehend isoliert

Von unserem Korrespondenten
Detlef Drewes

YPERN/BRÜSSEL Als David Cameron am Meenenport in Ypern steht, gemeinsam mit den übrigen Staats- und Regierungschefs der EU, kennt er die Anspielungen und Doppeldeutigkeiten der eigenen Presse. Das Mahnmal erinnert an die toten Soldaten aus allen Commonwealth-Staaten, die hier zwischen 1914 und 1918 ihr Leben ließen. „Geht ein Engländer 100 Jahre nach dem ‚Großen Krieg‘ noch einmal unter?“, haben die Boulevard-Zeitungen zuhause in London gefragt.

„Wir können mit Großbritannien Kompromisse finden.“

Angela Merkel

Der britische Premier scheint isoliert – mindestens 26 seiner Kolleginnen und Kollegen werden ihn heute im Stich lassen, wenn der EU-Gipfel über die Benennung des ehemaligen luxemburger Regierungschefs Jean-Claude Juncker zum

nächsten Kommissionspräsidenten abstimmen wird. Gestern wechselte der schwedische Ministerpräsident Fredrick Reinfeldt die Seiten. Geblieben ist nur Viktor Orban, der ungarische Premier. Alle Übrigen werden den langjährigen Chef der Euro-Gruppe küren – und dabei zwei Kollegen ins Abseits schieben. Das hat

es noch nie gegeben, bei europäischen Gipfeltreffen ist Einigkeit angesagt, selbst wenn der Lissaboner Vertrag nur eine qualifizierte Mehrheit vorschreibt.

Schwerpunkte Der scheidende Ratspräsident Herman Van Rompuy hatte die Debatte über die inhaltlichen Schwerpunkte der nächsten fünf Jahre extra an den Anfang gestellt, damit man „erst über Inhalte und dann über Personen“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel) reden konnte. Doch schon dieses „informelle Ge-

spräch“ im Rathaus von Ypern bot genügend Ansatzpunkte für Streit. Denn schließlich wollten die sozialdemokratischen Staats- und Regierungschefs – vor allem der Italiener Matteo Renzi und der Franzose François Hollande – mehr Spiel-

raum beim Schuldenmachen. Wie schon 2005, als das Gespann Schröder-Chirac den Stabilitätspakt lockerte, um nicht so schnell auf der Schuldenstücker-Bank zu landen, sollen die strengen Vorschriften nun erneut flexibel angewendet werden.



Dem britischen Premierminister David Cameron droht eine historische Niederlage auf dem EU-Gipfel in Brüssel. Foto: dpa

So steht es im Entwurf des Schlussdokumentes. Was das heißt, wurde nicht aufgeschrieben, aber doch vereinbart: Wer Reformen beschließt und verbindlich angeht, soll mehr Zeit zum Abbau seines Defizits bekommen. Investitionen in die Infrastruktur würden nicht mehr in der Schuldenbilanz aufgeführt. Der Stabilitätspakt wird nicht aufgeweicht, die strenge Haushaltskontrolle bleibt auch. Aber die im Pakt bereits angelegte Flexibilität wird bis zur Schmerzgrenze ausgeschöpft. Irgendwie schienen damit alle zufrieden. Doch ob Juncker, der als Euro-Gruppen-Chef die Schrauben für die Haushaltsdisziplin schärfer anziehen half, für ein solches Programm der richtige Mann ist?

Kompromiss „Wir können mit Großbritannien Kompromisse finden und auch ein Stück weit auf Großbritannien zugehen“, versuchte die Bundeskanzlerin gestern im belgischen Küstenort Kortrijk, wo

sich die konservativen Regierungschefs vorab trafen, noch einmal die Türen für ein Umschwenken Camerons zu öffnen. Anders als zunächst erwartet wollen die Staatenlenker heute auch nur über die Personalie Juncker abstimmen und dann Mitte Juli die übrigen Spitzenpositionen besetzen. Dabei könne man den Interessen Londons durchaus entgegenkommen, hieß es gestern.

Ein erster Schritt in diese Richtung schien sogar schon gemacht: Die Aufnahme der dänischen Regierungschefin Helle Thorning-Schmidt in den Kreis der Kandidaten für den Sessel des Ratspräsidenten galt als „Friedensangebot“ an Cameron. Der Konservative von der Insel und die Sozialdemokratin aus Skandinavien verstehen sich blendend. Doch die Dame machte den Planern gestern einen Strich durch die Rechnung, als sie sagte: „Ich bin keine Kandidatin.“ Die Suche nach einem Angebot an Cameron geht weiter. **SEITE 2**